

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P./XIX/88

Bonn, den 11. Mai 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Mit Europas Schicksal verbunden

65

Deutsche Frage bleibt auf der weltpolitischen Tagesordnung

2

Ägyptenreise

24

Chruschtschows Werben um die arabische Welt

3 - 4

Notruf aus Itzehoe

73

Rund 480 Mieter warten auf eine Antwort aus Bonn

5

Der Bodensee - Modellfall für übernationale Raumordnung

48

Wir brauchen eine Arbeits- und Planungsgemeinschaft

Von Dr. Karl Häberle, MdL

6

Westafrika in Bewegung

47

"Afrikanische Revolution" ist nicht abgeschlossen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Mit Europas Schicksal verbunden

Deutsche Frage bleibt auf der weltpolitischen Tagesordnung

sp - Es ist verständlich, daß sich die deutsche Öffentlichkeit seit einigen Tagen besonders mit der Frage beschäftigt, ob Veranlassung besteht, neue Vorstöße zur Lösung des Deutschlandproblems zu fördern. Die heute in Den Haag beginnende Konferenz der Außenminister der NATO-Staaten bietet hierfür Ansatzpunkte.

Eine sogenannte Deutschland-Initiative im Rahmen der Beratungen unserer Bündnispartner ist eine permanente Aufgabe der deutschen und überhaupt der westlichen Politik; sie bedarf eigentlich keines besonderen Anlasses. Alle von der Bundesrepublik mit den Staaten der freien Welt abgeschlossenen Verträge tragen in ihrem Kern das Bekenntnis der gesamten freien Welt zur Verpflichtung einer Politik, welche die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit und Frieden zum Ziel hat.

Nun gibt es in dieser übergeordneten Zielsetzung, übertragen auf die politische Praxis, günstige und weniger günstige Situationen, in denen das verkündete und angestrebte Ziel erreichbar erscheint. Im Augenblick haben die mächtigsten Bündnispartner der Bundesrepublik ausser dem ungelösten Deutschlandproblem eine Fülle anderer Aufgaben zu bewältigen, die für die freie Welt ebenso von Bedeutung sind, wie das u n s verständlicherweise am stärksten berührende Schicksal unserer Nation.

Dennoch: Im Auf und Ab der Chancen, unser Problem eines Tages gelöst zu sehen, ergeben sich auch jetzt für die deutsche Politik eigene Aufgaben. Es ist notwendig, in den Bemühungen zur Verbesserung des Klimas nicht nur zur Sowjetunion, sondern auch zu allen anderen Staaten des Ostblocks nicht nachzulassen. Hierbei wird man sich nach vielen Jahren vergeblicher Anstrengungen darüber klar sein müssen, daß es nach dem zweiten Weltkrieg ebenfalls vieler Bemühungen bedürfte, um die früheren w e s t l i c h e n Kriegsgegner Deutschlands davon zu überzeugen, daß unser Volk seine Zukunft in Frieden und im Geiste guter Nachbarschaft mit a l l e n Völkern gestalten will. Jeder kleine Fortschritt in Richtung auf die Verbesserung des Klimas zu unseren östlichen Nachbarn ist ein Gewinn für das deutsche Volk.

Hierbei geht es aber nicht nur um das deutsche Schicksal und um die deutschen Probleme. Wir werden uns darüber klar sein müssen, daß die Chancen zu deren Lösung um so größer sind, je deutlicher wir darstellen können, wie sehr das Schicksal unserer Nation mit dem Schicksal Europas verbunden ist.

Bei dem Treffen der Pommerschen Landsmannschaft am vergangenen Wochenende in Köln sind zu dieser Zielsetzung - unter Zustimmung der Heimatvertriebenen - einige interessante Bemerkungen gemacht worden. So hat z.B. der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert W e h n e r in völliger Übereinstimmung mit dem stellvertretenden Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Philipp von Bismarck, betont, die Auflösung der Spannungen zwischen Ost und West in europäischen Raum müsse auf der

11. Mai 1964

höheren Ebene eines vereinten Europa angestrebt werden. Unwidersprochen blieb auch die These, daß die Politik der Bundesrepublik für den Ausgleich nach allen Seiten offen sein müsse; mit einer Einschränkung, daß eine solche Politik des Ausgleichs keine Kapitulation der allgemein gültigen Menschenrechte vor einer Macht- oder Annektionspolitik sein dürfe. Die Wege zu einer solchen Einstellung bei den Versuchen, das deutsche Problem seiner Lösung näher zu führen, sind bereits geebnet. Die Verbände der Heimatvertriebenen haben, in völliger Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den großen demokratischen Parteien, eine Politik des Verzichts jeder Gewalt als Grundlage ihrer Überlegungen anerkannt. Bundesminister Ernst Lemmer hat darüber hinaus gerade am vergangenen Wochenende noch einmal deutlich gemacht, daß kein verantwortlicher Deutscher daran denkt, die Lösung des Deutschlandproblems durch eine Wiederholung des Unrechts der Vertreibung von Millionen Menschen anzustreben.

So gesehen ergeben sich auch für die offizielle deutsche Politik neue Ansätze zur Überwindung des status quo in Europa, durch die gleichzeitig die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas erreicht werden soll.

+ + +

Ägyptenreise

sp - Es ist die bisher längste Auslandsreise, die der reiselustige sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow mit seinem Ägyptenbesuch unternommen hat. Er kam mit großem Gefolge, ein Empfang wurde ihm zuteil, wie keinem ausländischen Gast zuvor. Es gab bei der Ankunft in Kairo bis zum Exzeß gesteigerte Lobesprüche, voll von gegenseitiger Bewunderung. Unmittelbarer Anlaß für den Besuch gab die Fertigstellung der ersten Assuan-Staumstufe, Prunkstück sowjetischer Entwicklungshilfe. Die Sowjetunion ergriff seinerzeit die Chance, die die USA und die Weltbank unter der Ägide Eisenhower-Dulles verschmähten. Seitdem gilt die Sowjetunion in den Augen Nassers als ein hochwillkommener, selbstloser Freund, was ihn, Nasser, allerdings nicht daran hinderte, die Kommunisten im eigenen Lande hart anzupacken. Dem sowjetischen Ministerpräsidenten scheint das Los seiner Gesinnungsfreunde nicht zu genieren, er hat wohl andere Sorgen. Eine der Sorgen, wenn nicht gar die Hauptsorge, ist der Rivalitätskampf zwischen Moskau und Peking, der nun weltweite Ausmaße angenommen hat und in voller Schärfe geführt wird.

Der chinesische Einfluß macht sich heute in Afrika schon stark bemerkbar. Die vor wenigen Monaten erfolgte Reise des chinesischen Außenministers in zwölf afrikanische Länder verfolgte Moskau mit Argwohn und Mißtrauen, muß es doch befürchten, bei dem Wettlauf um die Gunst dieser Länder ins Hintertreffen zu geraten. Der chinesische gegen Chruschtschow gerichtete Vorwurf, er sei ein Renegat und Verräter an der Sache des Weltkommunismus, paktiere mit dem "Kapitalismus", wiegt schwer, besonders in Ländern, in denen die Ressentiments gegen die westliche Welt wachgehalten und gesteigert werden. So wird es wohl auf seiten Chruschtschows nicht an Donnerausbrüchen gegen die "westlichen Imperialisten" fehlen, um sich von dem Verdacht zu befreien, nicht der zu sein, als den ihn Peking hinstellt. Sicherlich gehört dieser Ägyptenbesuch auch zu den Vorbereitungen für die bevorstehende Tagung der blockfreien Länder, die Chruschtschow in seinem Sinne beeinflussen will. Er dürfte auch kräftig auf die Werbetrommel für seine These von den zwei deutschen Staaten schlagen. Wie werden das Ägypten, Nasser und die arabische Welt darauf reagieren? Ist die Bundesregierung zur Abwehr dieses sowjetrussischen Versuchs, die Bundesrepublik in diesem Teil der Welt zu isolieren, genügend gerüstet?

+ + +

11. Mai 1964

Notruf aus Itzehoe

Rund 480 Mieter warten auf eine Antwort aus Bonn

HE. - Bundeswohnungsbauminister Lücke und seine Propagandisten sind in den letzten Wochen und Monaten nicht müde geworden, der Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß der "Sprung ins kalte Wasser", daß die überstürzte Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung in den sogenannten "Weißen Kreisen" ohne nennenswerte Schwierigkeiten überstanden worden sei. Und es fanden und finden sich überall Leute, die diese Zweckpropaganda für bare Münze nehmen. Der Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU hat triumphierend festgestellt, die Beschwerden und Eingaben von Mietern an das Bundesministerium für Wohnungswesen seien bereits merklich zurückgegangen.

Fast zur gleichen Zeit schrieb aber der für die Beschwerden zuständige Referent des Lücke-Ministeriums einem gekündigten Mieter aus Korb- baden: "Sie haben wahrscheinlich keine Vorstellung von der Zahl der Anfragen und Beschwerden, die mich täglich erreichen. Sie würden es sich wohl sonst selbst denken können, daß die Beantwortung eine erhebliche Zeit erfordert ..."

Zu den handfesten Protesten, die den Bundeswohnungsbauminister (sowie den Kanzler und die Abgeordneten des Bundestages) in jüngster Zeit erreichten, gehört der recht bemerkenswerte Notruf der gekündigten Mieter von Itzehoe in Schleswig-Holstein. Dieser "Notruf" wurde auf einer Protestversammlung laut, zu der nur Mieter Zutritt hatten, die - wie die "Mieter-Zeitung" berichtet - das Kündigungsschreiben des Hauseigentümers vorzeigen konnten. Dennoch waren über 300 (!) Mieter zu der Protestversammlung erschienen. (Zie Ende März hatte der Mieterverein Itzehoe 458 Kündigungen registriert, was bei etwa 4 000 Altbauwohnungen einen Anteil von rund 11 Prozent ausmacht). Auf Suchanzeigen für die gekündigten Mieter waren ganze fünf Wohnungen angeboten worden, während sich auf ein Bestimmerat für eine Zwei-Zimmer-Wohnung 130 Interessenten meldeten! Für 40 Rentnerwohnungen in Itzehoe liegen 170 Bewerbungen vor.

In dem Notruf der gekündigten Mieter von Itzehoe heißt es u.a.

*Die von uns vorausgesagte Katastrophe ist eingetreten. In den ersten sieben Wochen, also bis Weihnachten 1963, meldeten sich bei uns mehr als 200 gekündigte Mieter. Da nur ein Teil der 3 500 bis 4 000 Wohnungen für eine Kündigung in Betracht kommen, stellten diese 200 Kündigungen bereits rund fünf Prozent dar.

- * Bis heute sind bei uns 458 Kündigungen gemeldet, das sind
- * 1 Prozent. Daneben haben wir 13 überhöhte Mietforderungen
- * (von 25 bis 400 Prozent) registriert, von denen wir in den
- * 11 krassesten Fällen Anzeige wegen Mietwuchers erstattet ha-
- * ben. Die ersten drei Mietwucherer sind bereits abgeurteilt.

- * Die Chance der gekündigten Mieter, innerhalb der Kündigungs-
- * frist eine andere Wohnung zu erhalten ist, - das haben
- * die bisherigen Ermittlungen gezeigt - gleich Null!

- * Der einzige Trost des Herrn Bundeswohnungsbauministers, der
- * Hinweis auf den gerichtlichen Vollstreckungsschutz, ist nur
- * sehr schwach. Um ihn zu erhalten, muß der Mieter Gerichts-
- * und Rechtsanwaltskosten in Höhe von 200 bis 1.000 DM aufwen-
- * den; ein sehr teurer Spaß. Wie lange dieser Vollstreckungs-
- * schutz gegebenenfalls gewährt wird, kann niemand dem gekün-
- * digten Mieter sagen. Er muß deshalb befürchten, in absehba-
- * rer Zeit in einer Baracke zu landen.

Wir fordern daher:

- * 1) Die sofortige Registrierung aller gekündigten Mieter durch
- * die Gemeindeverwaltungen.

- * 2) Die Zurückstufung aller derjenigen Gemeinden in "Schwarze
- * Gemeinden", in denen die Zahl der Kündigungen im Verhält-
- * nis zu den in Betracht kommenden Wohnungen mehr als fünf
- * Prozent beträgt.

- * Wenn das Grundgesetz (Sozialpflicht des Eigentums, Schutz
- * von Ehe und Familie usw.) heilig ist, der darf nicht zögern,
- * diesen Notruf der gekündigten Mieter zu erhören!"

Die Darlegungen der Mieter aus Itzehoe bedürfen zunächst kei-
nes weiteren Kommentars. Sie sind eindeutig genug. Man darf jetzt
gespannt sein, was Minister Lücke den Petenzenten aus Schleswig-Hol-
stein zu sagen haben wird.

Besonders interessant wird es sein, zu hören, was der Minister
zu dem Vorschlag aus Itzehoe meint, die Zahl der gekündigten Mieter
von unterwegs registrieren zu lassen. Wahrscheinlich wird er das
rundweg ablehnen, weil damit der Zweckoptimismus, den sein Ministe-
rium, den die CDU/CSU ständig verbreiten, durch konkrete Zahlen wi-
derlegt werden würde.

Aber wie gesagt: Das Wort hat Minister Lücke.

Der Bodensee - Modellfall für übernationale Raumordnung

Wir brauchen eine Arbeits- und Planungsgemeinschaft

Von Dr. Karl Häberle, MdB

Die letzte Tagung der Sozialistischen Bodensee-Internationale beschäftigte sich mit dem Thema "Der Bodensee - unser gemeinsamer Lebensraum". Die Sprecher der Anrainer-Länder trugen vor, was der Bodensee und seine Ufer-Landschaften jeweils für ihr Land bedeuten. Die Standpunkte Vorarlbergs und der Schweiz trafen sich in mancher Beziehung, während der deutsche wesentlich von dem der anderen abwich. Soll man nach einer solchen Bestandsaufnahme wieder auseinandergehen oder erwächst daraus nun nicht die Aufgabe, ein gemeinsames Bild von dem zu erarbeiten, was der Bodensee und sein Umland in Zukunft sein sollen und sein müssen? Das bedeutet in der Praxis, daß kein Anrainer für sich tun und lassen kann, was er für richtig hält, weil jede einzelne Maßnahme sich auf den Lebensraum der anderen auswirkt. Der Ausweg ist, gemeinsam zu überlegen, zu ordnen, einander entgegenzukommen. Die Möglichkeit dazu würde eine übernationale Planungsgemeinschaft Bodensee bieten.

Wie notwendig eine solche Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg wäre (z.Teil besteht sie ja bereits), wurde auch in den Debatten des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtages über die Ölleitung am Ostufer des Sees klar. Wir haben Sorge um den Bodensee als einen unersetzlichen Trinkwasserspeicher für Millionen von Menschen und um die Bodenseelandschaft als eine unerböt reich beschenkte Natur- und Kulturlandschaft, die in Zukunft immer mehr die Rolle einer Erholungs- und Urlaubslandschaft übernehmen sollte.

Probleme gibt es übergenuß: Ölleitung, Oberrhein-Schifffahrt, Trinkwasserspeicher, Erholungslandschaft, Möglichkeiten und Grenzen einer weiteren Industrialisierung und deren Abstimmung auf die konkurrierenden Belange, Entwicklung eines geschlossenen Obstbau-Gebietes rund um den Bodensee, gemeinsame Entwicklung kultureller Institutionen, Aktivierung der Beziehungen der Bodenseestädte untereinander und anderen mehr. Der Bodensee und sein Umland sind geradezu ein Modellfall für eine übernationale Raumordnung und Landesplanung. Raumordnung kann heute nicht mehr an den historischen Länder- und Verwaltungsgrenzen halt machen, sondern drängt dazu, Lebensräume auszubilden als sozio-ökonomische Einheiten, als Regionen. Das alles verlangt von uns ein Umdenken, nötigt uns, auch neue Rechtsformen internationaler Zusammenarbeit zu entwickeln; alles Dinge, die in langer, geduldiger Anstrengung mit Phantasie und der Fähigkeit zu weiter Umschau und Vorausschau in Angriff genommen werden müssen.

Als Beispiel für die Notwendigkeit, in übergreifenden Zusammenhängen denken zu müssen, sei der Landkreis Lindau a.B. genannt. Der Kreisrat hat auf seiner letzten Tagung auf Antrag der SPD einen Planungsausschuß gebildet, der sich etwa mit folgenden größeren Bezügen befassen muß. Der obere Teil des Landkreises gehört seiner Struktur nach mit den Landkreisen Sonthofen, Füssen und Kempten zusammen. Das untere Kreisgebiet, die Bodensee-Gemeinden und die Bodensee nahe gelegener Gemeinden sind Obstbaulandschaften. Sie stehen in Interessengemeinschaft mit den baden-württembergischen Seebezirken. Der dritte Bezug wäre der, über den Bodensee hinweg mit allen Anrainern verbunden zu sein. Das eigene Wohl ist also nur realisierbar im Zusammenwirken mit den Nachbarn.

Westafrika in Bewegung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Selbst ein kurzer Aufenthalt in Französisch-Westafrika vermittelt den Eindruck eines Erdteils in stürmischer Bewegung.

Neue Revolte gegen "neokoloniale" Bevormundung

Ein Beispiel hierfür ist die Forderung des Tschad, die dort immer noch stationierten französischen Truppen mögen binnen drei Monaten das Land ordnungsgemäß verlassen. Ebenso erfolgten dieser Tage auch in den Republiken von Ober-Volta und Zentralafrika heftige Angriffe gegen "ausländische Einmischung".

Tombalbaye, der Staatspräsident von Tschad, wendet sich offen gegen die französischen Militärs, Yanlogo, der Präsident von Ober-Volta, kritisiert die Tätigkeit der katholischen Missionare. Auch in anderen französischen Ex-Kolonien wird französischen Staatsbürgern "nahegelegt", das Land zu verlassen. Paris hat es bis jetzt vermieden, gegen diese "Zwischenfälle" offiziell zu protestieren; wahrscheinlich um die Krise nicht zu verschärfen.

Serienweise Umsturzversuche

Nur zwei kleine Länder Westafrikas, nämlich die nach britischer Tradition lebende Sierra-Leone und die französisch sprechende "Zentralafrikanische Republik", haben bis jetzt keinen revolutionären Umsturzversuch zu verzeichnen. Senegal und Togo leben noch unter dem Schock revolutionärer Erschütterungen. In Dakar scheiterte im Dezember 1962 der Putschversuch des Ministerpräsidenten Mamadou Dia gegen den Präsidenten Leopold Senghor, in Lomé wurde im Januar 1963 der Präsident Sylvanus Olympio ermordet.

Dahomey und das frühere Französisch-Kongo (Brazzaville) befinden sich in einem revolutionären Umwälzungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Zu Beginn dieses Jahres wurde eine revolutionäre Bewegung in Gabun durch indirektes Eingreifen der französischen Armee erstickt. Die Elfenbeinküste macht eine schwere politische Krise durch. Nigeria wird durch Ereignisse in seiner Westprovinz erschüttert, die zur Sprengung dieses Staatswesens führen können.

Innerafrikanische Konflikte

Zugleich wächst auch die Spannung zwischen den afrikanischen Staaten selbst. Nach der afrikanischen Konferenz von Addis Abeba im Mai 1963 kam es zur Auflösung der beiden konkurrierenden Blocks von Konrovia und Casablanca und zu einer weitergehenden Verbesserung der innerafrikanischen Beziehungen. Seitdem hat sich die Situation aber wieder verschlechtert. Der Grenzstreit zwischen Dahomey und Niger scheint wohl einer Lösung entgegenzusehen, doch gibt es ähnliche Konflikte zwischen den beiden Kongo, zwischen der Zentralafrikanischen Republik und Sudan, zwischen Kamerun und Nigeria.

Man sieht und fühlt es deutlich: die afrikanische Revolution ist nicht beendet, die nationale Befreiung ist noch nicht abgeschlossen, die Lösung der sozialen Probleme steht erst im Anfangsstadium.